Peter Debring
Rechtsanwalt & Notar
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Insolvenzrecht
Fachanwalt für Steuerrecht

Ebertstraße 110 / Valoisplatz
26382 Wilhelmshaven

- Beratung
- Insolvenzen
- Verwaltungen

Telefon: (04421) 940 60
Notariat: (04421) 940 622
Telefax: (04421) 940 616
Mobil: 01752070661

www.Debring.de
e-mail: ra-debring@ewe.net

Sparkasse Wilhelmshaven
BIC :BRLADE21WHV
IBAN :DE 35 28250110 00022092 78

Volksbank Jever eG
BIC :GENODEF1JEV
IBAN :DE80282622543184659003

Volksbank Wilhelmshaven eG
BIC :GENODEF1WHV
IBAN :DE 78 28290063 00005071 78

Finanzamt WHV: 70/231/19605
Ust-IdNr : DE 201690346

Bürozeiten:
Mo.-Fr.: 8:30 – 13:00 Uhr und
14:00 – 17:00 Uhr

RA Peter Debring , Postfach1342, 26383 Wilhelmshaven

Siemtje Möller,MdB

Olaf Lies,Minister Land Nds.

Ihr Zeichen	Ihr Datum	Unser Zeichen	Datum
Rundschreiben	25.07.2019	00/00186 - SPD	15.08.2019

Offenes Antwortschreiben an die Genossin Möller und den Genossen Lies auf ihr Rundschreiben an die Parteimitglieder des Wahlkreises FRI-WTM-WHV

Liebe Genossin Möller,lieber Genosse Lies,

mit Eurem Schreiben bin ich leider nicht einverstanden und meine,dass es der Partei wenig weiterhilft.

1.Ihr gebt durchaus hehre Ziele vor:

- „jetzt wieder stärker als Team aufstellen“
- die Menschen wollen (bei Personalentscheidungen)stärker eingebunden werden
- Transparenz und Klarheit über die Hinterzimmerpolitik
- wir als SPD müssen wieder für Themen stehen
- angestaubte Strukturen und Konstrukte werden so modernisiert.

2.Wenn ich diese Ziele so lese,muß ich zweierlei fragen:

a)Wenn nun die neue Offenheit gekommen ist,warum ist die Wahlkreiskonferenz ausgefallen?Habt Ihr es nicht nötig,den Parteimitgliedern,die sich evtll.schon terminlich darauf eingestellt haben,die „widrigen Umstände“ mitzuteilen.?

b)Und ein zweites:Was habt Ihr beide in der Vergangenheit in Eurer Parteikarriere dafür getan,dass als Team gearbeitet wurde,dass es keine Hinterzimmerpolitik gab,dass wir für Themen stehen usw.?Ihr beide seid doch schon seit Jahren und Jahrzehnten an verantwortlicher Stelle tätig!

3.Das völlig unkritische Lob zum Vorgehen unseres (Rest-)Bundesvorstandes kann ich nicht nachvollziehen:

a)Bis jetzt gilt § 23 I des Parteistatuts.Danach gibt es einen Vorsitzenden(§ 23 I a).Das jetzt geübte Auswahlverfahren ist nicht vorgesehen

Am tollsten ist eigentlich ,dass sich die Parteiführung in der Frage des Vorsitzes nie an die Mitglieder gewandt hat.Dieses Verfahren ist vielmehr in „Hinterzimmerpolitik“vom Restvorstand beschlossen worden.Vielleicht wollen die meisten Mitglieder doch lieber **einen** 1.Vorsitzenden,immerhin ein bei uns

seit ca.170 Jahren erprobtes Verfahren.Dass wir nun mit der ersten weiblichen Vorsitzenden (im Gegensatz zur CDU)nicht reüssiert haben,deswegen müssen wir nicht gleich die Grünen nachahmen.

Ironischerweise müsste man an dieser Stelle fragen,ob nicht ein Dreier-Vorsitz besser wäre:wegen des neuen Geschlechts"divers" nämlich,das haben noch nicht einmal die Grünen berücksichtigt.

b)Und nun zum Verfahren:rechtlich ist alles anfechtbar.Wenn ich ein neues Wahlverfahren auf dem Parteitag 6.-8.12 beschließe ,kann ich es vereinsrechtlich erst zum nächsten Parteitag anwenden.Die am 8.12. zu erwartende Wahl wäre mit Sicherheit anfechtbar,jedes Gericht würde die Wahl auf Antrag annulieren.

c)Dies gilt umso mehr,als die Bewerber durch Beteiligung der Mitglieder ausgesucht werden sollen.Aber was läuft da ab?Ein Mitgliederentscheid ist es nicht.Fraglich ist,ob die Vorsitzendenwahl unter § 13 I Statut fällt.Ich meine nicht,aber die Formvorschrift des § 14 III ist eh nicht eingehalten,und deswegen kann's kein Mitgliederentscheid sein.

Es ist ein vom Restvorstand persönlich frei erdachtes Verfahren,ohne Rechtsgrundlage im Statut.Eigentlich ein Grund für ein Parteiordnungsverfahren gegen den amtierenden (Not?-)Vorstand.

4.Warum zieht der Restvorstand hier ein durch und durch rechtswidriges Verfahren durch?

Die Antwort ist einfach:Bei Wahlen ist die Gruppe der Anfechtungsberechtigten so eingeschränkt,dass nach der Wahl eines Bundesvorstandes eine Anfechtung der Wahl faktisch ausgeschlossen ist (§ 11 II WO).
Allerdings wäre ich mir bei derartigen massiven Rechtsverstößen nicht sicher,ob ein „weltliches Gericht"die Entscheidung doch nicht umstoßen würde(z.B. wenn Sarazzin mit einem running mate nicht zur Kandidatur zugelassen würde.)

Der Aufbruch der SPD beginnt also mit einem rechtswidrigen Verfahren,toll.Die Gedankengänge der jetzt Verantwortlichen sind rational schlicht nicht mehr nachvollziehbar.

5.Und es bringt der SPD auch nichts,wenn Ihr mit abgegriffenen allgemeinen politischen Phrasen hantiert:"große Herausforderungen",Europa,Digitalisierung usw.

.Die SPD agiert seit ca.5 Jahren an ihrer eigenen Klientel vorbei.Die Menschen wollen Sicherheit,und zwar nicht nur innen – , außen- und sozialpolitisch,sondern auch in der Bewahrung ihres täglichen Lebens.Als 2011 BK Merkel in unverständlich hysterischer Weise nach dem Unfall in Fukushima(der kein einziges Menschenleben kostete!),die Laufzeiten der AKW's herunterfuhr,und das auch noch in rechtswidriger Weise,warum hat die SPD-Führung nicht sagen können:Herunterfahren ja,aber erst wenn das Schicksal der betroffenen Arbeitnehmer zufriedenstellend geklärt ist,i.d.Regel hochqualifizierte Facharbeiter,traditionsgemäß SPD.Ähnliches spielt sich beim Braunkohlenbau jetzt im Osten ab oder beim ökologischen Wirtschaftsumbau, der Tausende hergebrachter Arbeitsplätze vernichten wird.

Die Sprachlosigkeit der SPD ist schon bemerkenswert.Und warum war man nicht in der Lage,in den 4 Jahren seit 2015 ein eigenes geschlossenes Ausländer- und Migrationsrecht zu formulieren?

Es darf bezweifelt werden,dass das Nachäffen von grünen Führungsstrukturen etwas bringt.Gebracht hat's aber,dass die SPD nach dem würde- und verantwortungslosen Rücktritt von Nahles 6 Monate ohne Führung dasteht,dämlicher geht's kaum.

Mit solidarischen Grüßen

Peter Debring.